

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerhalb monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhofs 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsmarkt nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfach 2945. Expedition: Am Spandhofs 6. — Telefon 3293.

Nr. 292

Dienstag, den 14. Dezember 1920

11. Jahrgang

Das Abstimmungsverfahren über Oberschlesien.

Deutsche Note über die Abstimmung in Oberschlesien.

Berlin, 13. Dez. Der deutsche Botschafter in London hat am 13. Dezember nachfolgende Note dem englischen Premierminister übergeben. Die deutsche Regierung hat den Vorschlag, den ihr der britische Premierminister im Namen der britischen, der französischen und der italienischen Regierung wegen der Abstimmung in Oberschlesien gemacht hat, einer eingehenden Prüfung unterzogen und beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern: Der Friedensvertrag gibt Deutschland den Anspruch auf eine Gewähr dafür, daß bei der Volksabstimmung in Oberschlesien der Wahlakt sich frei, unbeeinflusst und geheim vollzieht, und daß jede unterschiedliche Behandlung der Eingefessenen und der außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten von vornherein ausgeschlossen ist. Diesem Anspruch kann nur durch volle Einheitlichkeit des Wahlaktes genügt werden. Der Grundsatz der Einheitlichkeit des Wahlaktes ist dann auch dem Orte wie der Zeit nach bei den Abstimmungen in Schleswig, sowie in Ost- und Westpreußen auf Grund der Artikel 95 und 109 des Friedensvertrages streng durchgeführt worden. Diese Artikel decken sich insoweit völlig mit den Bestimmungen des § 4 der Anlage zu Artikel 88. Der Botschafter hat überdies den Grundsatz der Einheitlichkeit des Wahlaktes anlässlich der Ablehnung des Antrages, in Ostpreußen zwei getrennte Urnen einzuführen, ausdrücklich als maßgebend anerkannt. Ebenso geht aus der Note vom 30. November hervor, daß sich die britische, die französische und die italienische Regierung gleichfalls zu diesem Grundsatz den Friedensvertrag und seiner bisherigen Anwendung festgelegten, grundsätzlichen Standpunkt bekennen. Die deutsche Regierung erkennt gerne an, daß der ihr gemachte Vorschlag von der wohlmeinenden Absicht ausgeht, Unruhen zu verhüten, die bei Gelegenheit der Abstimmung in Oberschlesien eintreten könnten. Sie kann diese Absicht nur mit Genugtuung begrüßen. Sie weiß auch die große Verantwortung zu würdigen, die die drei Regierungen mit der Aufgabe übernommen haben, die freie, unbeeinflusste und geheime Stimmabgabe zu sichern und das ihrem Schutze anvertrauten Oberschlesien an den Tagen der Abstimmung vor Gefahren zu schützen. Geleitet von dem Bestreben, den Mächten ihre Aufgabe zu erleichtern, ist die deutsche Regierung bereit, das in der Note vom 30. November aufgeworfene Problem einer erneuten sachlichen Prüfung zu unterziehen. Die deutsche Regierung gestattet sich hierbei darauf hinzuweisen, daß der Vorschlag der Mächte großen technischen Schwierigkeiten in bezug auf Transport, Unterbringung usw. begegnen müßte! Sie macht ferner darauf aufmerksam, daß nach Ziffer 6 der Note das Ergebnis der Volksabstimmung nicht „gekannt“ werden darf, bevor nicht alle von den Eingefessenen und Auswärtigen berechtigt abgegebenen Stimmen vereinigt worden sind. Es ist höchst zweifelhaft, ob dabei eine Differenzierung der Stimmberechtigten und eine Verletzung des Grundsatzes der Geheimhaltung völlig ausgeschlossen werden kann. Die deutsche Regierung glaubt, daß sie durch eine mündliche Aussprache am schnellsten die Möglichkeit erlangen würde, zu den von der Entente aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Sie beehrt sich demgemäß anzugeben, baldmöglichst eine Besprechung von Vertretern derjenigen Regierungen stattfinden zu lassen, von denen der Vorschlag ausgegangen ist, und an die er gerichtet ist. Die deutsche Regierung bittet den britischen Premierminister, diese Anregung auch die französische und italienische Regierung weitergeben zu wollen.

Neue deutsche Note an den Völkerbund über Eupen und Malmedy.

Berlin, 13. Dez. In der Frage Eupen und Malmedy hat, wie wir hören, die deutsche Regierung eine neue umfangreiche Note an den Völkerbund gerichtet mit dem Ersuchen, diese der Bundesversammlung vorzulegen. In dieser Note wird an der Hand eingehender rechtlicher und tatsächlicher Ausführungen und unter Beibringung neuer Urkundenmaterials nachgewiesen, daß der bekannte die Kreise Eupen und Malmedy endgültig Belgien zuzurechnende Beschluß des Völkerbundes auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhe. Besonders ausführlich ist dieser Nachweis bei der Frage, ob die Freiheit der Stimmabgabe beeinträchtigt war oder nicht. Der Völkerbundrat hat diese Frage verneint und das ganze zum Beweise des Gegenteils vorgelegte Material für unmaßgeblich und ungenau erklärt. Unter Berufung auf Ausführungen und Beweismittel, die die den Tatsachen widersprechende Information des Völkerbundesrates klar erkennen lassen, erklärt die deutsche Regierung, daß sie den Be-

schluß des Rates nicht anerkennen könne. Die Note fährt alsdann fort: Der Rat des Völkerbundes hat ausdrücklich erklärt, daß seine Entscheidung anders lauten müsse, wenn bewiesen würde, daß das Ergebnis der Volksbefragung durch Einschüchterung und Druckmittel, Amtsmißbrauch und Bedrohung bestimmt worden sei. Diese Beweise sind gebracht. Gestützt auf diese Beweise erwartet die deutsche Regierung, daß die rechts- und vertragswidrige Volksbefragung, wie sie von den belgischen Behörden gehandhabt wurde, für unrichtig erklärt und der Bevölkerung die Möglichkeit einer wahrhaft freien Willensäußerung gegeben wird. Die deutsche Regierung gibt sich der zureichenden Hoffnung hin, daß der Völkerbund zu diesem Zweck geeignete Maßnahmen treffen wird. Sie knüpft daran die bringende Bitte, daß auch ihr die Gelegenheit zur Auskunftserteilung gegeben werde, und daß, wenn irgend möglich, der Völkerbund eine Kommission in die Kreise entsenden möge, um sich aus eigener Anschauung ein Bild über die wahre Stimmung der Bevölkerung zu verschaffen. Dieses ist auch der lebhafteste Wunsch der Bevölkerung selbst.

Genf, 13. Dez. Das Generalsekretariat des Völkerbundes überreichte heute den Völkerbundsmitgliedern die deutsche Note in Sachen Eupen und Malmedy. Das beigefügte Memorandum mit den Anlagen wurde nicht verteilt, in denen die Beweise angeführt werden, auf die sich die deutsche Note stützt. Das Sekretariat begnügte sich damit, mitzutteilen, daß diese Dokumente in der Bibliothek des Sekretariats zu finden seien, und fügte hinzu, daß dort auch der Bericht der belgischen Regierung vom 17. November sei, in dem, wie es in dem Begleitschreiben des Generalsekretariats wörtlich heißt, die Bemerkungen der deutschen Regierung über die Durchführung der Volksbefragung widerlegt (!) worden sei.

Die Zerstörung der deutschen Befestigungen.

Berlin, 14. Dez. Die deutsche Regierung hatte der Botschafterkonferenz eine Denkschrift über die im Friedensvertrage vorgesehene Zerstörung von Befestigungen übermittelt. Wie das „Tagblatt“ mitteilt, hat die Kontrollkommission die deutschen Vorschläge als ungenügend zurückgewiesen und weitere Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung rund 620 Millionen Mark kosten würde, während zur Ausführung der deutschen Pläne nur 65 Millionen erforderlich sind. Es ist zu hoffen, daß die Botschafterkonferenz der schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands Rechnung tragen und die über den Vertrag von Versailles hinausgehenden Forderungen der Kontrollkommission fallen lassen wird.

Amerikanisches Liebeswerk für die notleidenden Kinder.

Newport, 13. Dez. Der neugewählte Präsident Harding hat Bryan ersucht, ihm seine Ansichten über die von ihm geplante Gründung einer Gemeinschaft der Völker mitzuteilen. — Der Präsident des Hilfsausschusses für Europa, Hoover, hat einen Aufruf an die verschiedenen Kirchen der Vereinigten Staaten erlassen, Sammlungen zugunsten der notleidenden Kinder in Mitteleuropa zu veranstalten.

Weitere Schließungen im Berliner Hotelgewerbe.

Am Mittwoch früh werden auch die andern Berliner Hotels, die nicht der Hotelbetriebs-Gesellschaft angehören, die Küchen schließen. Da auch der Küchenbetrieb des Reichstagsrestaurants von der Hotelbetriebs-Gesellschaft geschlossen wurde, ersuchte gestern die Reichsleitung, die Gesellschaft, während der Tagung die Wirtschaftsbetriebe aufrechtzuerhalten. Die Gesellschaft erklärte sich bereit, Speisen herzustellen, aber lediglich mit rationierten Lebensmitteln. Auch das weiße Mehl, die Butter und der Zucker, die vom Reichstag der Hotelbetriebs-Gesellschaft zur Verfügung stehen, für die Speisen geliefert werden, werden nicht mehr bereitgestellt werden, da alles dies durch die unter der „Warer- und Schleichhandelsverordnung“ verboten sind.

Praktischer Sozialismus.

Nach einer Blättermeldung aus Halle haben sämtliche Kohlenbergwerke des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbezirks beschlossen, an sechs Sonntagen je zwei Stunden unentgeltlich länger zu arbeiten und den Ertrag den Bedürftigen von Leipzig und Altenburg kostenlos zu liefern. Es werden jeden Tag 70.000 Zentner Breiße verteilt werden.

Menschen und Verhältnisse.

Der viel gehörte Satz: „Der Mensch ist ein Produkt seiner Verhältnisse“ er wird das, was die Verhältnisse aus ihm machen! ist in dieser Schärfe sicher falsch. Der Mensch ist in erster Linie das Produkt seiner Veranlagung, seines Charakters, all der Fähigkeiten und Kräfte, die er von seinen Eltern und Vorfahren mitbekommen hat. Allerdings üben die Verhältnisse, in denen er lebt, auf seine Entwicklung, seinen Willen und sein Handeln einen ungemein großen Einfluß aus. Das Tun und Lassen eines Menschen wird im Grunde genommen bestimmt durch das, was er in sich hat, aber es wird wesentlich bedingt durch seine Umwelt, die ihn umflutet. Es gibt Menschen, die auf stärkere von den Verhältnissen beeinflusst werden, die wie weiches Wachs deutlich die Spuren äußerer Einflüsse aufweisen, es gibt aber auch Menschen — es sei nur der Dichter Friedrich Hebbel genannt —, die sich allen Verhältnissen zum Trotz infolge ihrer starken Veranlagung durchringen und zu Herren der Verhältnisse werden. Wie bei den Menschen, so liegt es auch bei den Gruppen. Auch hier üben die Verhältnisse, zumal die wirtschaftlichen, auf die Entschlüsse und Handlungen einen großen Einfluß aus, doch spielen in ihrem Verhalten auch außerwirtschaftliche Faktoren eine mehr oder minder große Rolle. Ihr Wille wird durch die Umwelt nicht bestimmt, wohl aber, nach dem Ausdruck von Marx, bedingt. Menschen und Verhältnisse stehen in einer fortwährenden Wechselwirkung: tüchtige Menschen schaffen gute Verhältnisse, gute Verhältnisse schaffen tüchtige Menschen.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat der moderne Sozialismus den Willen geschöpft, nicht nur dafür Sorge zu tragen, daß körperlich und geistig gesunde Menschen erzeugt und geboren, und daß sie zu tüchtigen Gliedern der Gesellschaft herangebildet werden, sondern auch solche wirtschaftliche Verhältnisse zu gestalten, in denen das kapitalistische Unkraut ausgerottet worden ist, damit sich die sozialen Triebe in der Menschheit voll entfalten können. Durch diese Erkenntnis und diesen Willen erhebt er sich über das Christentum, das sich ja im wesentlichen darauf beschränkt hat, auf den inneren Menschen bessernd einzuwirken. Es wird dem Christen des Christentums geradezu als im Widerspruch angesehen, daß er sich um wirtschaftliche Dinge nicht gekümmert, daß er vielmehr ausschließlich Seelenkultur getrieben habe. Wie wenig Erfolg das Christentum mit seiner Methode der Menschenveredlung durch erzieherische Mittel (Mahnen, Warnen, Drohen, Strafen usw.) erzielt hat, beweist seine fast zweitausendjährige Geschichte. Zweifellos hat es zahlreiche Menschen gegeben, die wirklich Christen gewesen sind und nach den christlichen Grundregeln gelebt haben, aber niemals und nirgends hat es eine christliche Gesellschaft gegeben, das heißt ein Zusammenleben im Geiste des Christentums. Der innere Mensch, so wie er im allgemeinen ist, läßt sich nicht verfeinern, wenn die äußeren Verhältnisse dazu angetan sind, ihn zu entmenschen. Bezeichnend hierfür ist eine Anekdote, die man dem großen Nazarener in der Mund legt: „Ein guter Baum kann keine schlechten Früchte bringen!“ Diese Behauptung ist offenbar nur eine Tautologie, in Wirklichkeit wird nur der Baum gute Früchte bringen, der in einem guten Boden wächst, unter normalen Witterungsverhältnissen, aufwächst. So wird nur jener Mensch seine antisozialen Triebe überwinden und soziale Handlungen verrichten, der nicht nur einen guten Kern in sich hat und gut erzogen worden ist, der auch in gesunden Verhältnissen lebt und nicht von der Not des Daseins verdorben wird. Gerade die gegenwärtige Zeit zeigt uns, wie Menschen, die unter normalen Umständen glücklich gewesen wären, unter dem Druck der Verhältnisse entmenscht werden. Darum ergibt sich, daß der Sozialismus nicht nur eine Frage der inneren Erziehung, der Seelenbildung, sondern auch eine Frage der äußeren Umgestaltung ist. Der Sozialismus ist eben eine Frage der äußeren Umgestaltung des Sozialismus.

Zunächst läuft die Aufgabe des Sozialismus darauf hinaus, Vorkehrungen zu treffen, daß gute, gesunde Menschen ins Dasein gesetzt werden. In der Stunde der Zeugung wird über den Menschen der Wille gemessen und darum trägt jeder und jede, die einen Menschen erzeugt, die große Verantwortung für ihr Tun und sie müssen sich dieser Verantwortung stets bewußt bleiben. Man lese nur einmal in Mesches „Parasiten“, das wunderbare Kapitel über Kind und Ehe. Da ist hing und wieder da, die Kind- und Ehe. Aber ich frage dich: bist du ein Mensch, der ein Kind in die Welt setzen darf? Bist du der Herrscher der Selbstbegierde, der Gelehrter der Sinne, der Herr der Tugenden? Also frage ich dich: bist du ein Mensch, der seine Seele nach einem Rinde lehnen, lebendige Dentine selbst zu bauen, deinen Siegel und deine Befreiung. Ueber dich selbst selbst bist du hinauszuweisen.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist die logische Frage zunächst eine Mengenfrage und kann erst eine Kulturfrage. Zweit müssen die Menschen materiell günstig gestellt sein bevor sie ihre totalitäre Beherrschung betätigen können. Das ist der Hauptmittel der Sozialdemokratie, daß sie in einer Linie ihre Kraft auf die materielle Hebung der Unterdrückten gerichtet hat, weil hier von auch die geistliche und kulturelle Höhe des Volkes abhängig ist. Man hat ihr deshalb töllichen Materialismus zum Vorwurf gemacht und die Aufspaltung der niedrigen Instinkte der Menschenbrust. Das ist natürlich ein durchaus unberechtigter Vorwurf, der aus Unkenntnis, wenn nicht gar aus Böswilligkeit entspringt. Jeder Sachkenner weiß, daß es niemals möglich sein wird, gute Menschen zu schaffen, wenn die schrecklichen Verhältnisse bleiben. So werden wir uns denn nicht hier machen lassen in unsern Kämpfen um die Entkapitalisierung unseres Wirtschaftslebens, weil dieser Kampf zugleich ein Kampf um eine höhere Gerechtigkeit und Kultur ist.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Warnung für die Härte. — Der englische und amerikanische Markt. — Die Behinderung der Eisenbahnverteilung. — Frankreich III. abg. — Zwangsanleihe. — Protektionismus.

Alle von Zeit zu Zeit erdinnenden Vorstellungen
sind auch in aller Hinsicht auf höchste Vollständigkeit
erhöht. Möchten aber auch, bei jedem Leben
ein solches Fortschreiten.

Die Speculation, zu der die Speculation an der Börse an-
fängt ist, Dämpf, trotz aller verständigen Bemühungen meh-
reren Banker nicht ab. Es hat ein gewisses Aussehen
verloren, daß der Director der Deutschen Bank, Cantowicz,
in sehr düsteren Farben die kommenden Ereignisse schilderte,
sogar von einer furchterlichen Krise sprach, von der die Welt
bedroht sei. Aber das Trüben ist nicht aufzuklären. Für
eine kurze Zeit wurde die Börsenspeculation ruhig, denn
die Warnung von dieser Stelle hatte schon etwas zu be-
deuten, aber für die Dauer langt es nicht; ein kleiner Ab-
sturz im Kurs, dann eine Stillung, und wieder geht es auf-
wärts.

In der Tat bedeuten Erklärungen in allen Ländern, die sie auf sich berufen, daß leider von einem ruhigen Aufstieg der Wirtschaftsentwicklung nicht geredet werden kann. Insofern schwere Forderungen den ganzen Körper übermäßig durchdringt und entkräftet. Lord George, der englische Premierminister, hat auf einem Weltbankei gleichfalls auf das Unfähige der Weltwirtschaftslage hingewiesen. Er sprach davon, daß die Zeit des geschäftlichen Aufschwungs überhastet sei. Die mageren Jahre kommen. Woher ihr sein werden, das sei ungewiß, aber sie kommen und zwar unausweichlich. Der Zustand sei ein unheilvoller. Er erfasse alle Länder, den sozialistisch regierten Ländern mehr es genau so schlecht, wie den nichtsozialistisch regierten.

Natürlich wäre es sehr verfehlt, mit beschränkten Mitteln den kommenden Ereignissen gegenüber zu stehen. Die amerikanischen Kap. sollten gehen denn auch mit einigem Verständnis an die Förderung der Angelegenheiten heran. Sie suchen den Markt aufnahmefähiger durch eine Senkung der Warenpreise zu machen, und England ist auf dem Wege, hier zu folgen. Die Preisentfaltungen sind sehr erheblich; es müßten nur einige wichtige Waren hier eingeführt werden. Von dem Höchstpreisstand im März dieses Jahres bis zum Dezember sind in Amerika die Preise für Baumwolle um 38.

Äpfel 50, Beizen 20, Mais 52, Schmirgelfleisch 32, Schmelz
30 Prozent gesunken.

Was geschieht nun bei uns? Die Prelle für alle Waren stehen meist über den Währungsnotierungen, und die große Organisation der Trusts, von der die Herren Bernhardt und Matheson vor kurzem vor dem Gewerkschaftsgericht der Gewerksvereine schmückten, kommen gerade zur rechten Zeit, um die Preissteigerung aufzuhalten und die Profitrate zu sichern. Das wüste Treiben des Handels und der Industrie, alle Warenpreise weit über das erträgliche Maß zu bringen, die Marktlage strupplos auszunutzen, ohne Rücksicht auf die Kaufkraft der großen Masse, soll die wilde Erleichterung des Innenmarktes aufzuhalten. Ware die Preisbildung auf dem Warenmarkt in engen Grenzen gehalten, wir würden nur einem viel gefestigteren Wirtschaftszustand, das der Konkurrenz auf dem Weltmarkt mehr Stand halten könnte. Wenn sich auch viele deutsche Konkurrenz bei dem ungünstigen Stand der Valuta gut verhalten hat und hier manches voraus hat gegenüber dem Ausland, so wird das Unmögliche, die Prelle für deutsche Waren im Ausland an die Höhe des Auslandsmarktes zu bringen, nicht leicht in die Erscheinung treten. Eine Senkung der Preise auf dem Auslandsmarkt durch die amerikanischen und englische Konkurrenz kommt bei unseren Warenpreisen infolge der entwerteten Valuta um das vierzehne bis Sechshundertfache zu Wirkung.

Die hohen Warenpreise haben im Lande selbst die Produktionskosten gesteigert, denn der Lohn mußte dieser Preissteigerung folgen. Dabei kann nicht einmal in der Arbeiterklasse das Unglücken ausgelöst werden, daß sie im gerechten Maße ihren Anteil erhalten hat. Im Gegenteil, die glänzenden Dividenden, die den Aktionären der großen Industrieunternehmen geboten wurden, müssen ein Gefühl der Erbitterung und Unzufriedenheit hervorrufen. Wenn der Wirtschaftsminister Scholz ankündigt, daß man diese Dividendenlucht eindämmen wolle, so heißt das wirtschaftlich von einer nicht wirkungsvollen Stelle den Hebel ansetzen.

Was wir brauchen ist die Senkung der Warenpreise und damit die Erweiterung der Aufnahmefähigkeit des Marktes. Hier muß der Angriff auf die Währungspolitik einsetzen. Die Bekämpfung der Dividenden treibt nur die Gewinne in andere Kanäle, es sei denn, daß die ganze Bilanzanstellung unter staatliche Kontrolle kommt. Wenn aber etwa nur der Erfolg ein finanzpolitischer sein soll, um zugleich erstens gegen hohe Dividendenauszahlung zu wirken, ist uns damit nicht gedient, ganz abgesehen davon, ob mit der Bekämpfung der Zweck erreicht wird. Wir müssen zum Eisenbahn kommen. Der wird nicht anders zu erreichen sein, als daß Organisationen, wie der Eisenwirtschaftsbund, unter strenger Kontrolle mit ihrer Preisstellung kommen und in anderen Industrien eine ähnliche Übung durchgeführt wird. Allerdings laufen die bürgerlichen Parteien gerade jetzt Sturm gegen die Unterstellung der Industrie unter eine Preiskontrolle, die vom Reichswirtschaftsministerium auch nicht mit großer Enthusiasmus gehalten wird. Herr v. Korfhoff hatte sich erst vor kurzem volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages mit ihrem Nachdruck dagegen gewandt, daß bei der Festsetzung Außenhandelsabgabe die Industrien eingehende Kalkulationen vorlegen sollen über ihre Selbstkosten in der Produktion. Das Ministerium ist vor diesem Drängen schon jetzt zurückgewichen; die Preiskontrolle bleibt unter solchen Umständen mitungslos, da wir ohne scharfen Angriff zu einer einwandfreien Preisbestimmung kommen.

Das Heile unserer Lage ergibt sich auch, wenn wir die Verlegenheit der amerikanischen Produktion betrachten. Schon den Feststellungen über den Stand der Kohlenproduktion ist ein überraschender Aufstieg zu verzeichnen. Während wir in der Steinkohlenproduktion in dem Jahre noch mit einer Minderförderung von ungefähr 2 Millionen Tonnen gegen die Jahre vor dem Kriege abgehen werden, verzeichnet der amerikanische Bergbau desselben einen starken Aufstieg über die Fördermenge von dem Jahre. Man berechnet, daß Amerika auf eine Steinkohlenförderung von 555 Millionen Tonnen kommen wird, gegenüber 460 Millionen Tonnen vor dem Kriege. Die Folge ist, Amerika bereits stark den europäischen Markt versorgt und England immer mehr zurückdrängen wird, dessen Fördermenge in Steinkohlen noch nicht auf die Leistung vor dem Kriege hinaufgekommen ist, also unter demselben unheilvollen Druck der Kohlenproduktion steht wie Deutsch-

Die trostlose Finanzlage des Reiches ist uns wieder einmal durch die Rede des Direktors der Reichsbank, Haverstein, plastisch vor Augen geführt worden. Seit dem April 1923 ist die schwebende Schuld um 32,5 Millionen erhöht worden und erreicht nun die Höhe von 146 Milliarden. Das Kabinett hat mithin das weitere Hinschleichen in die Außenwirtschaft nicht aufhalten können, und die Herren Deutschen Volkspartei haben auf ihrem Parteitag eine Erklärung für diesen Mißerfolg nicht abgegeben, obwohl sie mit viel Schergen bisher die sozialdemokratische Regierung für das Anwachsen der Schuldlast verantwortlich machten. Mit Recht verlangte Haverstein, daß unsere alte Handelsbilanz verschwinden müsse, wenn wir zur Besserung der Balance kommen wollen. Der Zustand, die Einfuhr der Ausfuhr monatlich um 5 bis 6 Milliarden übertragt, bringt uns in eine fürchterliche Situation. Die Kosten der Besetzung, die monatlich einmündig 6 bis 7 Milliarden betragen. Sie treiben an den Rand des Abgrundes. Die Zwangsanleihe, die Reichsamtpräsident fordert, gegen die nichts einzulegen ist, hilft auch nur wenig, denn sie verschleibt nur das Geld. Es muß versucht werden, daneben das Notgeld schnell herbeizubekommen.

sehr auffallend ist übrigens, daß wir bei der Betrachtung unserer Vortragschulden mit England und Frankreich und der Geltendmachung deutscher Forderungen so sehr unstillig abweichend. Die Forderungen, die von der einen Seite angemeldet wurden, nötigten uns in den drei

teigen Monaten, 2½ Milliarden Mark zu leisten, da unsere Gegenansprüche um diesen Betrag zurückblieben. Sicher liegt hier auch wieder eine Nachlässigkeit der Finanzverwaltung vor, die nicht rechtzeitig die deutschen Forderungen anmelden konnte, weil sie mit ihren Erhalten weit zurück war. Auf diese Art können wir nicht vorwärts kommen.

Auf dem Lebensmittelmarkt gibt die Broterzeugung noch immer zu großen Beschränkungen Anlaß. Die Ablieferung von Waizengetreide kommt nicht in die Höhe; ohne eine erhebliche Einfuhr ständen wir schon vor dem Nichts. In einem Aufruf wandten sich 20 Vertreter der Landwirtschaft aus allen bürgerlichen Parteien an ihre Berufskollegen, um ihnen den Ernst der Lage zu unterbreiten und um die Ablieferungspllicht zu appellieren. Solche Aufrufe verhallen achlos, und wenn sich das Ernährungsministerium nicht aufrafft und schärfere Mittel zur Enteignung in Anwendung bringt, so kommen wir immer weiter in das Defizit hinein. Es gibt kein anderes Mittel, als wieder Dampfschleppwagen im größeren Umfang auszurüsten, zwangsweise auszubringen, und die zurückgehaltene Frucht herauszuholen. Leider ist in diesem Jahre schon mehr als je in den Schleichhandel gegangen, so daß wir nur mit großer Sorge der künftigen Broterzeugung entgegenleben.

Die polnische Mark und Oberschlesien.

Der russisch-polnische Bräutlingskrieg bewirkte das schnelle Steigen der polnischen Mark bis auf 28 Reichspfennige (Mitte Oktober). Seither ist die Polenmark im Oktober langsam (bis auf 22), dann aber im November rasch gesunken. Ultimo notierte sie in Berlin und Danzig ungefähr gleichmäßig mit 12 bis 13, seit Anfang Dezember ist sie sogar noch ein wenig weiter gefallen. Von polnischer Seite wird die Anklage erhoben, daß die Katastrophe der polnischen Währung durch eine planmäßige Aktion der deutschen Banken herbeigeführt worden sei. Die Deutschen, so behaupten die Polen, benutzten dieses finanztechnische Mittel, um auf die oberschlesische Abstimmung einzuwirken; sie rechneten darauf, daß für das Land der miserabelsten Valuta die oberschlesische Bevölkerung nicht optieren werde. Als die Plätze, wo diese angeblichen deutschen Bankaktionen ihren Ausgangspunkt haben, werden Berlin und Danzig bezeichnet. Die Erwähnung dieser Gerüchte auch in deutschen Blättern gab dem Vertreter des „Ost-Express“ Veranlassung, Erkundigungen in deutschen Banktreisern, die am Ostnotenhandel beteiligt sind, einzuziehen. Dabei ergab sich folgendes: Weder von Berliner noch von Danziger Banken sind in der letzten Zeit große Posten polnischer Noten auf den Markt geworfen worden. Was im besonderen Danzig betrifft, so hat es gar kein Interesse am Niedergang der polnischen Mark, im Gegenteil, der Tiefstand der polnischen Valuta droht den kaum begonnenen Eigenhandel des Freistaates mit seinem polnischen Hinterlande vollends lahm zu legen. Berlin ist seinerseits bislang noch immer der einzige große internationale Platz gewesen, der überhaupt als Abnehmer polnischer Noten auftrat, und zwar hat Berlin noch im Herbst dieses Jahres recht erhebliche Beträge abgenommen, während die Warenausfuhr von den großen Börsen im nichtdeutschen Auslande so gut wie ganz konflosiert wird. Die Ursache der Hochflut polnischer Noten im Auslande, die die Valuta drückt, liegt vor allem darin, daß der polnische Handel selbst aus unabweisbarem Bedürfnis nach fremden Devisen die Polenmark in Massen exportiert, weil eben andere Ausfuhrware so gut wie nicht vorhanden ist. Erhebliche Posten werden ferner aus — Oberschlesien zum Verkauf gebracht. Schmuggel, Warentäufel, Agitation haben dieses Gebiet mit Polennoten überflutet, und man kann sagen, daß hier das polnische Geld in solchen Mengen arbeitet, daß es gegen sich selbst gearbeitet hat. Der Hauptgrund des Sinkens der Polenmark aber ist natürlich der Zustand des polnischen Wirtschaftslebens. Unruhige Kriegspolitik, Bureaunkorrumpion, Beamtenkorruption und das Fehlen produktiver Aufbaubarbeit haben den wirtschaftlichen Organismus des Staates so sehr geschwächt, daß der gegenwärtige Stand der polnischen Valuta nichts Künstliches ist, sondern lediglich der Ausdruck für die zurzeit herrschende Bewertung Polens als wirtschaftlicher Produktionsfaktor. Die von polnischer Seite ausgestreute Behauptung hingegen, ein großes Danziger Geldinstitut habe Polennoten für Ende Dezember bereits mit 9 und für den März mit 6 angeboten, entbehrt, wie an der betreffenden Stelle auf Nachfrage mitgeteilt wurde, jeder Grundlage.

Letzte Nachrichten.

Hamburg, 13. Dez. Der Dampfer **Rhönir**, der heute von Newcastle abgeht, bringt die erste Ladung englischer Kohle nach dem Kriege nach einem deutschen Hafen. Die Ausfuhr ist nach langen Verhandlungen vom englischen Kohlenkommissar genehmigt worden.

Nach einer Mitteilung der „Täglichen Rundschau“ aus London veröffentlicht der „Daily Telegraph“, eine Zuschrift von acht der größten Baumwollspinnereien von Lancashire, die nachdrücklich Einspruch gegen das Gesetz über die Einfuhr deutscher Farbstoffe erheben, da es geeignet sei, die englische Textilindustrie schwer zu schädigen.

Berlin, 13. Dez. Es wird bestätigt, daß ein Rücktritts-
gesuch des Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium
vorliegt.

Beuthen, 18. Dez. Die interalliierte Kommission für das Erscheinen der „Oberflächigen Landeszeitung“ in Beuthen auf 10 Tage verboten, weil sie einen Artikel „Frankreich verachtet Abstinenzungsabstote“ überschrieben hatte.

Paris, 18. Dez. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Athen ist der griechische Panzerkreuzer Georgios Averof, begleitet von einigen leichteren Kreuzern nach Venedig abgegangen, um sich dort zur Aufnahme König Konstantins bereit zu halten.

„Sonn' beschungert auf's bald' Fernst!“ rief Dante ernst aus. „Die
Schwärze lag zu Füssen, der Mann machte den Wandel nicht mehr.“

Danziger Nachrichten.

Der Umzug des Volkstages

in das frühere Generalkommando (Radzense-Billa) ist bereits erfolgt, so daß die heutige Sitzung bereits in diesem Gebäude stattfindet. Die noch notwendigen baulichen Veränderungen sollen während der Weihnachtsferien vorgenommen werden. Wie mitgeteilt wird, sollen die Polen der Befehlsgesetzgebung des Generalkommandos durch den Volkskongress widersprechen. Sie berufen sich auf den Friedensvertrag, nach dem der ehemalige russische Besitz der Verfügung der alliierten Mächte unterliegt, die ihn an Dänzig oder Polen übertragen können. Die polnischen Abgeordneten, die erst vor einigen Tagen durch den Mund des Abg. Banacki erklären ließen, daß sie zukünftig Dänziger Politik treiben und ein verständliches Zusammenarbeiten mit den Dänziger Parteien erstreben wollten, sollten sich doch endlich abgewöhnen, nur eine Warschauer Interessenpolitik zu treiben. Besonders in der Frage einer zweckentsprechenden Unterbringung des Dänziger Parlaments haben auch die Polen abseits ihrer großpolnischen Wünsche als Dänziger Mitbürger ein weitgehendes Interesse. Denken die Dänziger Polen ihre verkündete Liebe zu ihrer Heimatstadt etwa dadurch am besten zu betonen, indem sie die öffentlichen Dänziger Gebäude an Kongreßpolen ausliefern?

Danzigs neuer Oberkommissar

ist nach Meldungen aus Genf bereits am 16. Dezember hier entreffen. Wie Attolico einem Ausfuhrer der Pariser „*Leclair*“ mitgeteilt hat, kommt er nur als provisorischer Oberkommissar nach Danzig, damit der Völkerbund mehr Zeit und Gelegenheit hat, um den endgültigen Oberkommissar zu bestimmen.

Ueber die Elektrizitätswirtschaft des Freistaates

sprach, gestrich abend Stadtrat Munge in der von den Mitgliedern
 des Architekten- und Ingenieurvereins nicht besonders stark be-
 legten Aula der Technischen Hochschule. Von der Bedeutung der
 Elektrizität für unser Wirtschaftsleben ausgehend, belegte der Vor-
 tragende die außerordentlichen Schwierigkeiten der jetzigen Kohlen-
 verbringung mit beweiskräftigen Zahlenmaterial. Vor dem Kriege
 betrug der Kohlenbedarf der Stadt Langig monatlich etwa 60 000—
 65 000 Tonnen zu etwa 15—20 Mark für die Tonne. Dem deutschen
 Kohlentonnensatz ist uns dagegen jetzt nur ein Kontingent von
 15 000 Tonnen eingeräumt worden. Die Preise dafür betragen
 jetzt 400 Mark für oberflächliche, 600 Mark für westfälische und
 1500 bis 1800 Mark für Aachenerkohle. Da Langig einen mo-
 natlichen Mindestbedarf von 38—40 000 Tonnen hat, der auch von
 der internationalen Kommission in Oberschlesien anerkannt worden
 ist, so müssen die monatlich fehlenden etwa 16 000 Tonnen Kohlen
 zu den hohen Auslandspreisen eingeführt werden, wofür jährlich
 allein ungefähr 288 Millionen Mark aufzubringen wären. Wir
 sind daher auf die äußerste Ausnutzung des Wassers angewiesen.
 An Hand von Plänen und statistischen Aufstellungen, die im Rich-
 tige gezeigt wurden, ging der Vortragende dann ausführlich auf
 die Wassernutzungsfälle des Freistaates ein. Besonders eingehend
 behandelte er den Ausbau der Radantriebsanlagen und den alten
 Streit um das Nutzungsrecht zwischen der Stadt und der Firma
 Schichau. Das öffentliche Wohl müsse jedoch den Interessen eines
 einzelnen vorgehen. Durch den Ausbau der Wasserkraftse
 möglich, etwa 30,1 Millionen Kilowattstunden zu erzeugen. Die
 Kosten für die Radantriebsanlagen würden sich auf etwa 48 Millionen
 Mark stellen. Der Erzeugerpreis für eine Kilowattstunde würde
 erst Grund dieser Kosten zwischen 20 bis 24 Pfg. zu veranschlagen
 sein. Bei den Mogelanlagen sogar nur auf etwa 15 Pfg. Ein
 Durchschnittspreis ab Verteilungsstellen von 30 Pfg. würde bei
 Lampferzeugung erst bei einem Kohlenpreis von 82 Mark für
 die Tonne zu erzielen sein. Bei einem Kohlenpreis von 500 Mark
 für die Tonne stellt sich jetzt die Kilowattstunde auf 1 Mark. Selbst
 wenn der Kohlenpreis auf 300 Mark heruntergeht, lassen sich die
 Anlagen in 4½ Jahren bei Anwendung des jetzigen Elektrizitäts-
 preises amortisieren und würden die Anlagen dann mit ihrer bil-
 ligen Erzeugung der Allgemeinheit zugute kommen. Außer diesen
 außerordentlichen Vorteilen geben die Anlagen für Hunderte von
 Arbeitslosen Arbeitsgelegenheiten. Im Interesse und zum Wohle des
 Freistaates müsse daher an die Lösung der Aufgaben schnellstens
 herangegangen werden.

Die Doppelbesteuerung der Danziger Seeleute.

Tanzig hat von jeher zu den bedeutendsten Offiziershäfen gehört und demzufolge auch eine nicht unbedeutende Anzahl Seeschule zu bezeichnen. Die früher auf den Schiffen aller Nationen dem Seemannsbureau nachgingen.

Die Danziger Reedereien sind heute bei weitem nicht in der Lage, den im Freistaat Danzig beheimateten seemannschaftlichen Verhältnissen entsprechende Beschäftigung zu geben, so daß viele derselben auf ausländischen und deutschen Schiffen Beschäftigung annehmen müssen. Das in Deutschland eingeführte Steuergezet zwingt den Arbeitgeber, dem Arbeitnehmer die Steuer mit 10 Proz. vom Lohn in Abzug zu bringen und an das Reich abzuliefern.

Somit nun Danziger Sechste auf deutschen Schiffen beschäftigt sind, ergibt sich dabei der verhältnißmäßige Zustand, daß dieselben zunächst einmal im Freistraß zur Elbe veranlagt werden; anderem müssen sie sich in Deutschland den 10. prozent. Schnabzug gefallen lassen, wodurch eine Doppelbelastung eintritt.

Der Deutsche Exporttarifgesetz-Entwurf hat nun diezerhalb mit dem Finanzministerium des Reichs in Uebereinstimmung mit ihm es in Uebereinstimmung der gesetzlichen Bestimmungen des Reichsteuergesetzes bisher nicht möglich gewesen, die Vervollständigung der in Deutschland abfinden Kleiner zu erreichen. und folgende Punkte zu Protokoll genommen:

1. Befugnis: Ausländer, die heute als Ausländer angesehen werden, auf deutschen Schiffen fahren, sind als auf deutschen Boden gewerbmäßig beschäftigt anzusehen, insofern sie fleißig und fleißig.

2. Die deutsche Steuererleichterung kann keine Ersatz von fälligen Ausständen bei in ihrer Heimat steuerpflichtig sind, nach deren Verpflichtungen nachkommen. Zahlungen ist daher unvermeidlich.

3. Die deutsche Regierung wird versuchen, mit Dänzig bezüglich der Steuerfrage zu einem Staatsvertrag zu kommen, durch den sich die Doppelbesteuerung der Einkünfte umgehen läßt. Die Abrechnung zu einem solchen Abkommen müßte von Dänzig aus kommen.

Nach dem von der Deutschen Regierung eingenommenen Standpunkt wird es also unmöglich sein, sofern die Freizügigkeitsregierung die Initiative dazu ergreift, diesen internationalrechtlichen Uebelstand zu beseitigen und zu einer Verständigung nach dieser Richtung zu kommen. Es wird also an der Freizügigkeitsregierung liegen, so schnell wie irgend möglich Maßnahmen zu treffen, um ihre Freizügigkeitsbürger vor einer Doppelbesteuerung zu schützen.

Zur vorläufigen Regelung der Finanzwirtschaft des Freistaates

hat der Senat dem Volkstag folgenden Antrag zugehen lassen:

Die Bearbeitung der Haushaltspläne der Freie Stadt für das Jahr 1920 ist soweit vorgefchritten, daß die Beratung der Pläne im Senat unverzüglich beginnen und die daran anschließende Vorlage der Haushaltspläne an den Volkstag baldigst erfolgen kann. Nun in der Zeit bis zur Genehmigung der Haushaltspläne durch den Volkstag die Finanzwirtschaft führen zu können, beantragen wir, zuzustimmen: *

dass die Verwaltungen der Freien Stant ihre Einnahmen und Ausgaben berechnen auf Grund der ausgearbeiteten, aber noch nicht genehmigten Haushaltspläne für 1920 mit der Maßgabe, daß a) alle außerordentlichen Ausgaben, b) alle einmaligen ordentlichen Ausgaben, welche den Betrag von 50 000 Mk. überschreiten, der besonderen Genehmigung des Volkstages bedürfen."

Neue Einföde im Volkstag.

Die Mitglieder der polnischen Fraktion haben im Volkstag folgenden Antrag eingebracht:

Der Volkstag wolle beschließen, den Senat zu ersuchen: Dem Volkstag gemäß Artikel 4 der Verfassung eine Gesetzesvorlage über den Gehalt der polnischen Unterbrache beim Unterriß, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege zu unterbreiten."

Dieser polnische Antrag stützt sich auf die vom Völkerbund verlangte Verfassungsänderung, wonach durch ein Gesetz dem polnisch sprechenden Volkstheil die freie Entwicklung ihrer Muttersprache beim Unterricht usw. gewährleistet wird.

Ein Antrag der F. W. V. fordert die Einrichtung einer dritten Handelskammer beim Danziger Landgericht, da die bisher bestehenden drei Kammern für Handelsfachen am hiesigen Landgericht derart überlastet sind, daß die Sachen oft wochen- ja monatelang liegen bleiben müssen, bis sie erledigt werden können.

Die Lohnbewegung der Eisenbahner.

Der Deutsche Eisenbahnverband hielt in seiner Ortsgruppe Samstag am Donnerstag im Lokale des Herrn Schmiede eine außerordentliche Versammlung ab. Den Bericht der Rohstoffkommission über die Verhandlungen mit dem Senat betr. Forderungen berichtete der Vorsitzende Schulz in längeren Ausführungen. Er fährt unter anderem aus, daß der Senat den Forderungen wenig Verständnis entgegenbringt. Es soll auch angeblich im Freistaat kein Geld vorhanden sein. Als schließlich die Kommission am Verhandlungstische erklärte, das Angebot von 30 Pf. Erhöhung auf die laufende Feuerungszulage ablehnen zu müssen und für die Folgen den Senat verantwortlich machte, wurde von Seiten des Herrn Professor Rog als Vertreter des Senats gebeten, noch einmal zu brechen, um die Sache nicht völlig zum Scheitern zu bringen. Es wurde dann von Seiten des Senats das Angebot auf 80 Pf. für die Stunde erhöht mit der Erklärung, daß dieses das letzte wäre, was der Senat überhaupt bieten könne, vorausgesetzt, daß auch die polnische Regierung keine Einwände mache. Die Kommission erklärte, dieses Angebot unter keinen Umständen annehmen zu können und versprach, sich dafür einzusetzen zu wollen, daß die Mitglieder eine Erhöhung der Feuerungskulasse von 140 Pf. pro Stunde annehmen. Auf das Einverständnis der polnischen Regierung glaubte die Kommission verzichten zu können, weil Polen noch nicht in Frage käme. Der Senat ließ dann die Kommission am 9. Dez. mitteilen, daß er nicht instande wäre, mehr als 80 Pf. zu bewilligen, weil seitens der Staatsfächer sehr viel und zweifellos an allem, was darüber hinausgeht, die Ermöglichung der polnischen Regierung eingeholt werden müsse.

Die Kommission empfahl der Versammlung, um eine Verschleppung der Verhandlungen zu vermeiden, die Annahme des Entwurfs um 60 Pf. und sofort neue Forderungen an den Senat zu stellen. Nach längerer Aussprache, in der der Kommissar nachsach der Wortwahl gemütht wurde, daß er bei den Verhandlungen zu wichtiges gewesen wäre, wurde folgende Empfehlung gegen zwei Stimmen angenommen:

Die am 9. Dezember 1920 im Saale des Herrn Schmiede-
tende Herr bruchte außerordentlich Generalversammlung des
Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ostpreuss. Zweig, nimmt mit
Entzückung Kenntnis von dem unglaublichen Entgegenkommen des
Sorgats in bezug auf die gestellten Forderungen.

In Anbetracht der täglich steigenden Preise für Lebensmittel und aller Verbrauchsmittel ist es nicht mehr möglich, bei dem heutigen Verdienst auch nur das nackte Leben zu fristen. Die Bevölkerung erklart, die gebotenen 60 Pf. unter Protest anzunehmen, betrugt

bietet jedoch als Abschlagszahlung und verlangt, daß die Kommission sofort eintreffe, mit dem Senat in Verhandlungen treffe um die gerechten Forderungen der Eisenbahner zu erfüllen. Falls der Senat in dieser Beziehung kein Entgegenkommen zeigt, lehnt die Eisenbahnerschaft jede Verantwortung für alle eint. Folgen ab."

Zur zweiten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, daß die Kollegen, die gewollt sind, in ein Erdgeräth einzutreten, sich bei den Vertrauensleuten zu melden haben und diese dann die Namen der betheiligten Kollegen an das Verbandsbureau übermitteln sollen.

Anschließend schloß sich eine lebhafte Aussprache über einen politischen Beistand in dem Verbandsorgan an, bei der festzuhalten wurde, eine Resolution, die den Vorrat vermindert und die Eingabe des Verbandes einreicht, wurde einstimmig angenommen. Mit der Aufforderung an alle Mitglieder die Sache zu verfolgen und zu fördern und dem Verbande möglichst mehr Beiträge zu schicken, schloß der Vorsitzende mit einem dankbaren Gruß auf den D. G. B. am 10. d. M. den Verband.

~~Elafon meubel in gunges: 12. April 2008~~

[illegible]

Mittheilung erhalten, können die Vorstände jedwergelt überlasten. Die
Bescheinigung kann von jeder Person, welche Behörde (Wahl-
Stenographische usw.), die zur Führung einer öffentlichen Angelegenheit
Regelung berechtigt ist und nicht mit der Führung und Verwaltung
zu tun hat, ausgestellt werden. Der Vorstand soll die Vorstände, die
Vorstandsregelungsbehörde und die Vorstände, die den Vorstand keine
Bescheinigungen ausstellen. Die Bescheinigung muss dahin lauten,
dass die Person noch lebt, für die die Karte ausgestellt wird.
Vorstände und Pfleger also nicht für diese selbst, sondern für
das betreffende Kind. Bei den Bescheinigungen für I-Kinder
ist für die Vorstände und Pfleger ein besonderer Vorstand
(Pfleger N) bestimmt, bei II- und III-Kindern ist kein besonderer
Vorstand.

Das Siedlungswesen im Freistaat.

Der Bund taunmischer Angestellten und Arbeiter bließ am Freitag im Hohenzollern seine Monatsversammlung ab, in der Stadtbauinspektor Professor Dr. Fischer einen Vortrag über „Das Siedlungsweisen in der freien Stadt Danzig“ hielt, worin er a. a. ausführte: Es hat schon vor dem Kriege Siedlungen gegeben, zumteil hässliche, dann solche für Arbeiter in der Nähe großer Fabriken, wie z. B. der Krupp in Essen. Dienten früher die Siedlungen mitunter politischen Zwecken, wie in Polen der Stärkung des Katholicismus, so sind heute Wohnraumnot und Mangel der Triebkräfte der Siedlungsbestrebungen geworden. Waren früher die Willkürkräfte nicht aus innerer Notwendigkeit heraus entstanden, sondern Eingekaufte, so sind wir heute zur Nutzung einfacher Wege und Bauten gezwungen. Trotz äußerster Einfachheit und Sparsamkeit wird Zufriedenheit eingelesen, wenn wir die eigene Scholle lieben gelernt haben werden. Das Verlangen, ins Freie zu kommen, ist stark vorhanden. Die Bahnfahrten sind heute zu teuer, so muß auch die Arbeit im eigenen Garten die Aufmunterung teilweise ersetzen. Darum müssen Gemeindefürsorge mit Gartenbesetzung im großen Stille geschaffen werden. Nach Erläuterung der zentralisierten und dezentralisierten Erweiterungsformen gab Referent an Hand von Plänen und Bildern eine anschauliche Darstellung der Siedlungsmöglichkeiten in der Umgebung von Danzig. Während an den Wasserschlägen (von der Stadt nach See zu) große Flächen für Industrieanlagen frei bleiben müssen, eröffnen sich gütliche Aussichten für die Befestigung und Anlage von Wohnkolonien im Hinterlande längs der Höhenrücken des Joppot. Danzig als Hauptkern des ganzen Bebauungssystems ist bis an den Stadtrand dicht genug bebaut. Nach dem Prinzip der dezentralisierten Erweiterungsform können um Danzig und Ostbe. Gutsbeute und Schiditz als Nebenkerne durch Auffüllung von etwa 3 stöckigen Wohnhäuser erweitert und gegen ihre Umgebung schon abgegrenzt werden. Nach Heberzeugung eines bestimmten freien Wohnraumes erstreckt die Siedlungen mit ihren Hauptkernen, durch Zentral- und Ringbahnen können die Vororte aufgenommen und mit dem Zentrum verbunden werden. Auf und Blöße zum Schaffen eines Eigentums werden auch diese gute Wege fördern. Die interessanten Ausführungen fanden hiebei beifällige Aufnahme.

Weihnachtsunterstützung im Deutschen Transportarbeiterverband. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband zählt an seine unterstützungsberechtigten Arbeitslosen ebenso auch an die aufgestellten arbeitslosen Mitglieder, die am 18. Dez. nachweisbar arbeitslos sind, in der Zeit vom 20. bis 28. Dez. vormittags von 9—1 Uhr eine Weihnachtsunterstützung und zwar bei einer Beitragsleistung bis 180 Mark monatlichen 20 Mark, und über 180 Mark monatlichen 40 Mark. Beim Verstreuen dieser Mitteilung hilft der Deutsche Transportarbeiter-Verband.

[illegible][illegible]

5. D. D. Partengöranten.

Bereich Arbeitskreis "Toni". Dieser umfasst den 1. Oberhof 1. Hdr im Jugendheim (Ebenens 1. Oberhof 1. Hdr) (gebäude) Mitarbeiterkreis und den Bereich 2. Oberhof 1. Hdr. Der Mitarbeiter im unteren Bereich.

Es ist demnach das Beste, wenn die Verhandlung von der 10. bis
abends 7 Uhr. Mittwochsabend 11 Uhr im Hotel
Darmstadt. Zweifels Nachgesprächen am Freitag, 10. April, in
Köln.

CONFIDENTIAL

Gleiche Nachrichten:

[illegible]

Aus den Berichtsfäden.

Gesicht vor dem Schwurgericht.

Ein Mann, der seit einiger Zeit die hiesigen Strafverurteilung recht oft bestraft hat, stand gestern in der Verlesung des Schwurgerichts. Gestern aus dem Gefängnis vor dem Schwurgericht. Die Verhandlung in dieser Sitzungsgeschichte zum letzten Male aufgenommen. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig.

Die Verhandlung gegen G. stand gestern zwei Tage. In der Nacht zum 10. Juli war eine Frau in Potsdam durch das mörderische Wetter ihres Kindes erkrankt. Sie konnte nicht schlafen. So es mörderisch war und sah nun, dass einer der beiden, den sie in dem Augenblicke mit Bestimmtheit nachverfolgte, verurteilt. Die Verhandlung in dieser Sitzungsgeschichte zum letzten Male aufgenommen. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig.

dem Stall nicht hatten. Als sie ihn erblitten, ergreifen sie ihn. Während die Tiere noch auf dem Hof mit den Pferden beschäftigt waren, gelang es dem alten Mann, unbemerkt ein Pferd zu fassen. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig.

Wegen vorläufiger Brandstiftung hatte sich am Freitag der rufende Arbeiter Max Kutzner, der hier bei einem Besitzer in Danzig seit längerer Zeit tätig war, vor dem Schwurgericht zu verantworten. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig.

Arbeitslosen in den Schuppen eingedrungen, in den die Ferkel, fäher gebracht wurden, und sich den Inhalt eines derselben aneignen. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig. Gestern ist der Angeklagte auch gegenwärtig.

Wasserstandsberichte am 14. Dezember 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Samstag	1,05	1,10	Kurzebrunn	1,69	0,83
Wahlau	0,95	0,95	Montaurspitz	0,89	1,03
Schöna	5,93	5,86	Pieckel	0,80	0,54
Goldenberg	4,40	4,36	Dieckau	1,80	1,70
Hienhorstbühl	1,80	1,80	Schleichenhof	1,97	2,00
Thorn	0,20	0,16	Wolfsdorf	0,32	0,32
Jordan	0,22	0,24	Kamachs	0,73	0,73
Culm	0,44	0,38			
Grubenz	0,35	0,50			

Welsch: Im Thorner Bezirk Eisland, im Rulmer Bezirk Schwach Eisland, vom Kilometer 76-80 Eisland, weiter bis zur Mündung Eisland in 1/2 Strombreite. Von Eisland aufwärts bis Kilometer 199 Eisland.

Negativwasserfrage: Eisbecken.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Volze, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Elber. Druck und Verlag von J. G. H. u. Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Dienstag, den 14. Dezember 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2.

Der Fremde

Phantastische Oper in vier Bildern von Franz Rosch.

Musik von Hugo Asm.

Auffällige Leistung: Otto Seiberg. Inspektion: Otto Friedrich.

Ende 9 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 15. Dezember 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1. Jugendfreunde. Beispiel in vier Akten von Ludwig Feld.

Donnerstag, den 16. Dezember 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1. Zum 150. Geburtstag Ludwig von Beethoven. Dem einleitend. Beispiel. Oper in zwei Akten von Ludwig von Beethoven.

Freitag, den 17. Dezember 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. Die Neustrasse. Komische Oper in einem Akt. Jetzt frei nach einem Schauspiel von Ernst Gähner. Musik von Walter Dop. Hiermit: Zangbildet.

Sonntag, den 18. Dezember 1920, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten D 1. Ernährte Preise. Marie Stuart. Ein Trauerspiel in 5 Akten (7 Bilder) von Friedrich v. Schiller.

Samstag, den 19. Dezember 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Beispiel.

Neues Operetten-Theater

(Früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.

Besitzer u. Direktor Paul Bannmann.

Kunstl. Leitung: Dr. Edmund Konrad.

Heute Dienstag, d. 14. Dezember

Anfang 7 Uhr. Anfang

Schwarzwaldmädel

Operette in 3 Akten.

Musik von Leon Jessel.

Morgen Mittwoch, d. 15. Dezember

Der milde Theodor.

Vorverkauf Sonntag, d. 19. 12. - 4 Uhr nur

im Damm-Haus Langgasse 69/70 statt.

Sonntag 9-2 Uhr a. d. Theaterkassen.

Nach Schluss der Vorstellung:

Fahrradführungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55.

Achtung! Ab heute! Nur 3 Tage!
Das hervorragende Programm!
Der große Sensations-Film!

Der schwarze Graf

in 6 großen Akten. (2993)

Hauptdarsteller:

Maria Merlot, Olga Engl, Lys Seilin,

Alfred Abel, Rudolf Klein-Rogge.

Die Seele des Bettes

Filmspiel in 3 Akten mit Albert Paulig.

Rat und Auskunft

in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen und Mädchen jeden Mittwoch von 6-7 Uhr abends Die Frauenkommission der S. P. D.

4. Damm 7 H. Zimmer 4.

+RHEUMA+

Bicht, Ischias, Lähmungen, Neuralgie, sämtliche chronische und akute Leiden. Modernste Spezial-Behandlung. Nachweislich ausgezeichnete Heilerfolge. Aerztlich geleitete Naturheilanstalt. Danzig, Steingraben 13, Spritzenstrasse unmittelbar 4-5.

Strankenkontrollleur

gesucht: Der körperlich leistungsfähige Bewerber, welche Kenntnisse in der sozialpolitischen Gesetzgebung haben, wollen sich mit Zeugnisabschriften, Lebenslauf und Referenzen unter Chiff. B 181 bei der Exped. dieser Zeitung melden. (2989)

Herren-Anzüge

prima Stoff, modern, von 250 M. an. (2940)

Herren-Häute

mit und ohne Gürtel.

Herren-Höfen

slig. Stoffen, schwarz und blau, von 90 M. an.

Calson und Weste

schon spottbillig zu verk. Hirsch, 1. Damm, 221.

Grütocher

2 Kammer, billig zu verkaufen. Freund, Stiftsmittel 5, Hinterhaus. (f)

Bettgerüst mit Matratze

zu verkaufen. (2956)

Alte Gasse 12.12.11

Ein Paar sehr gute hohe Stühle (b. 3. Anle) 1.300.22.3.

a. Preuß. Cal. Herderstr. 9.1.

(2976)

Passage-Theater

Heute! Ab heute Dienstag! Heute!

bis einschließlich Sonntag!

Die Hölle d. Jungfrauen

Der große Sittenfilm!

Lebensschicksale amerikanischer Mädchen!

Ein warnendes Beispiel u. eine Lehre zugleich!

Dann ein zweiter großer Schläger:

Baccarat!

Das große Drama in 5 Akten.

Ein unbedingt sehenswertes Programm. (2997)

Meine Schneiderin? Die bin ich selbst. Ich schneidere alles nach Ullstein-Schnittmustern! Diese, sowie auch Stoffe u. sämtl. Zutaten erhalten Sie bei



FREYMAN

Odeon- u. Eden-Theater

Heute! Ab heute Dienstag! Heute!

Der König von Paris

Zweiter Teil! (295)

Ein unerschütterlich spannendes Akt mit

Bruno Kastner.

Auch vorzüglich, wenn Sie den ersten

Teil nicht gesehen haben.

Stürke, energiegel. u. spannend, als der 1. Teil.

Dann das große Kunstwerk:

Die Welt ohne Hunger

Ein sehr empfindl. sozial. Lebensbild in 5 Akten.

Versäumen Sie nicht!

(2998)

Passage-Theater

Heute! Ab heute Dienstag! Heute!

bis einschließlich Sonntag!

Die Hölle d. Jungfrauen

Der große Sittenfilm!

Lebensschicksale amerikanischer Mädchen!

Ein warnendes Beispiel u. eine Lehre zugleich!

Dann ein zweiter großer Schläger:

Baccarat!

Das große Drama in 5 Akten.

Ein unbedingt sehenswertes Programm. (2997)

Philag
Fahrrad-Lichtmotor

Keine Lichtbetriebskosten!
von elektr. Licht zum billigsten!

In Originalpackung auf den
Weihnachtstisch.

Zu haben in allen
Fahrradhandlungen.

PHILIPPS A.-G. FRANKFURT AM MAIN
Gründ. und Verl.: Druckerei 117/118

Hausfrauen!

Backt mit

Carl Seydels Backpulver

Unübertroffen in Triebkraft.

Stets frisch zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Erste Danziger Backpulverfabrik

von Carl Seydel. (2993)

Volksfürsorge

Bewerkstelligung von
sozialen Vorhaben.
Mittelschulung
kein Polizeiverfall.

Sterbehilfe.

Wichtige Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Büros
der Arbeiterorganisationen
und von der

Wohnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt
Mattenbuden 35.

Herrenanzüge 1. Stoffe 600,
475, 425, 325, 280 M.
H. Herren-Anzug, Braut-
Maß aus prima Melton-
Cheviot 450 M.

Jackett und Weste
in Marengo 375, 475 M.
Calson und Weste
250, 680, 625, 575 M.
Eleg. geb. Herren v. 100 M. an
Schwere Winterjoppen 125 M.
Mod. Herren v. 100 M. an
Pant. 650, 350, 450, 550 M.
Anfertigung nach Maß und
Garantie für guten Sitz.
Czerninski, Schildgasse 25, III.

Sanfte Eier und Ge-
fäße für den
höchsten Tagesbedarf. Franz
Wegmann. Schützen-
damm in Altesfeld. (f)